

An den

Herrn Bundesminister  
für Verkehr

B o n n / Rhein  
Oskar Hoffmannstrasse

Sehr geehrter Herr Minister !

Von den in Braunschweig durch die von der DDR eingeführte Wasserstraßengebühr festliegenden Privatschiffseigner ist heute folgende Resolution verfasst:

Durch die seit einigen Monaten gedämpfte Konjunktur leidet die Privatschiffahrt bekanntlich an einer drohenden Existenzgefährdung durch ungenügende Einnahmen. Die oben angegebene Massnahme der DDR bringt alle die davon betroffenen Partikuliere mehr oder weniger in eine beunruhigende Notlage, und zwar unverschuldet. Es werden daher von unserer Bundesregierung Schritte erwartet, die in Kürze der Notlage gerecht werden.

Es ist uns jetzt bekannt geworden, daß einzelne Firmen die von der DDR geforderten Beträge für die Durchfahrt zur Verfügung stellen. Dadurch gerät die festliegende Schiffahrt in Nachteil, so daß bereits Unruhe innerhalb der betroffenen Schiffahrt zu bemerken ist.

Aus diesem Grunde werden wir sofort eine Weiterfahrt dieser Fahrzeuge durch drastische Massnahmen zu verhindern suchen.

Für den bereits entstandenen und noch zu erwartenden Verdienstausfall behalten wir uns den Anspruch auf eine entsprechende Entschädigung vor.

Wir appellieren an Sie und die Bundesregierung, eine baldige und befriedigende Lösung herbeizuführen.

Namens und im Auftrage  
der betroffenen Schiffahrt

gez. 5-8 Kubalkoffen  
u. a. Reissig - Oderstrand  
Hellwig Gerda-Hilda

Du.  
WSD in Hamburg, Münster  
und Hannover

SBV Hamburg  
Schiffahrtsverband, Dortmund

handschriftlich:  
gez. 5 - 8 Unterschriften  
u.a. Reissig - Oderstrand  
Hellwig Gerda-Hilda